



Jahresbericht 1998

Die Junge CVP des Kantons Aargau hat sich im vergangenen Jahr mit verschiedenen politischen Schwerpunktthemen beschäftigt:

Politische Schwerpunktarbeit

Bildungspolitik

Die Junge CVP Aargau hat sich gegen Qualitätseinbussen im Bildungsbereich zur Wehr gesetzt. Sie setzte sich dafür ein, dass auch im Aargau das Schulsponsoring überprüft wird: Gerade im freiwilligen Sport- und Musikunterricht liessen sich durchaus Sponsoren finden, damit beim Grundangebot keine einschneidenden Abstriche gemacht werden müssen. Damit beweist die Junge CVP, dass sie nicht nur einfach gegen Abstriche im Bildungswesen kämpft, sondern vernünftige Lösungsansätze aufzuzeigen versucht. Ein diesbezüglicher Vorstoss der Jungen CVP im Grossen Rat wurde von der Ratslinken aber bekämpft. Mit Unterstützung der Freisinnigen und der SVP wurde die liberale Vorlage schliesslich knapp abgewiesen! Mit grosser Verwunderung muss man feststellen, dass die Mehrheit im Parlament nicht einmal gewillt ist, sich mit bestimmten Themen vertieft auseinanderzusetzen, geschweige denn sich neue Lösungsansätze vorzeigen zu lassen. Der unerfreuliche Entscheid des Grossen Rates hat weitreichende Konsequenzen: Der Regierung, die sich für das Postulat der Jungen CVP ausgesprochen hat, sind durch die Ablehnung künftig die Hände gebunden; eine vertiefte Zusammenarbeit im Bildungswesen mit der Privatwirtschaft wurde unterbunden. Unkonventionelle und kostensparende Massnahmen werden so verhindert.

Drogenpolitik

Mit dem Dauerbrenner "Drogenpolitik" hat sich die Junge CVP Aargau auch im Berichtsjahr wieder intensiv auseinander gesetzt. Speziell zu erwähnen ist die "Eidgenössische Volksinitiative für eine vernünftige Drogenpolitik" (DroLeg-Initiative), die eine weitreichende Liberalisierung im Umgang mit Drogen forderte. Die Junge CVP hat es sich nicht leicht gemacht: Nach reiflicher Überlegung, sachkundiger Information und intensiver Auseinandersetzung mit dem Volksbegehren hat sich die Jungpartei schliesslich hinter die Vorlage gestellt. Dieser Entscheid kann als logische Konsequenz der jahrelangen Drogenpolitik betrachtet werden, welche die Junge CVP verfolgt. Die reine Repressionspolitik (gemessen am Mitteleinsatz), die speziell im Aargau immer noch erstaunliche Blüten treibt, muss als gescheitert betrachtet werden. An eine Informationsveranstaltung der Jungen CVP über die DroLeg-Initiative wurden hochkarätige Teilnehmer eingeladen: Mit Nationalrätin Christine Egerszegi-Obrist, Alt-Nationalrat und ehem. Parteipräsident Helmut Hubacher, Vertretern aus der Ärzte- und Apothekerschaft sowie Vertretern aus dem Bereich Drogenprävention und -repression konnten kompetente Experten zusammengeführt werden, die über ihre Erfahrungen berichteten und zur Volksinitiative Stellung bezogen. Die DroLeg-Initiative wurde schliesslich vom Volk verworfen.

Nach der deutlichen Ablehnung gegen die rein auf Repression zielende Volksinitiative "Jugend ohne Drogen" wurde auch im Aargau der Weg für eine ärztlich kontrollierte Heroinabgabe bereitet. Ein diesbezüglicher Antrag der Regierung wurde aber von der grossrätlichen Gesundheitskommission bekämpft. Die Kommission, mit Hardlinern aus der SVP und der FDP angereichert, stellte sich somit nicht nur gegen den Regierungsrat, sondern auch gegen ein klares Volksmehr. Gegen diese Repressionspolitik und gegen die Beugung des Volkswillens durch die

Hintertür hat sich die Junge CVP im Berichtsjahr vehement zur Wehr gesetzt. Nach einer erneuten harten Drogendebatte im Grossen Rat, die bereits auf gesamtschweizerischer Ebene geführt wurde, hat sich das Parlament schliesslich für die ärztlich kontrollierte Heroinabgabe in unserem Kanton ausgesprochen. Zu dieser Entscheidung hat auch die Vertretung der Jungen CVP im Grossen Rat nicht ganz unwesentlich beigetragen; dem Willen des Volkes konnte zum Durchbruch verholfen werden.

Europapolitik

Die Junge CVP Aargau begrüsst ausdrücklich den Abschluss der bilateralen Verhandlungen. Sie sieht darin einen ersten wichtigen Annäherungsversuch an Europa. Die Junge CVP, die stets eine Politik der Öffnung vertreten hat, wird aus Überzeugung und mit Engagement die Verträge in einer allfälligen Volksabstimmung vertreten.

Die Bilateralen Verträge bilden die Grundlage für weitere Integrationsschritte. Die Junge CVP Aargau ist der Überzeugung, dass die Forderung nach einem Beitritt der Schweiz zur EU nicht im Widerspruch steht mit der Unterstützung der "Bilateralen". Für die Zeit bis zu einem allfälligen Beitritt – es können Jahrzehnte ins Land streichen – muss die Schweiz über eine vernünftige, griffige und zeitgemässe Regelung ihrer Beziehungen zu Europa verfügen. Die Junge CVP unterstützt deshalb die Eidgenössische Volksinitiative "Ja zu Europa" und forderte den Bundesrat in einem offenen Brief auf, ebenfalls die Initiative zur Annahme zu empfehlen.

Verkehrs- und Umweltpolitik

Die Junge CVP Aargau stand konsequent für eine ökologisch sinnvolle und zukunftsgerichtete Verkehrspolitik ein. Sie unterstützte die Einführung der leistungsabhängigen Schwerverkehrsabgabe (LSVA) wie auch die Vorlage zur Finanzierung des öffentlichen Verkehrs (FinöV) an vorderster Front. Auch die europapolitische Komponente spielte bei den Überlegungen eine wichtige Rolle. Die Schweiz übernimmt eine Vorbildfunktion in Europa und schafft mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs - neben vielen zusätzlichen Arbeitsplätzen - gute Grundlagen, um die prognostizierte Lastwagenflut bewältigen zu können.

Gastgewerbegesetz

Die Junge CVP fordert und setzt um, was die anderen bürgerlichen Parteien nur predigen: Schlanke Gesetze und Abschaffung überflüssiger Paragraphen. Die Polizeistunde ist ein solches Relikt. Noch vor der Behandlung im Grossen Rat konnte die Junge CVP rund 2'500 Unterschriften zur Abschaffung der Polizeistunde bei der Staatskanzlei deponieren. Damit zeigte sie, dass sie für eine kantonale Initiative durchaus das Potential hat. Unter diesem Druck wurde im Grossen Rat die Polizeistunde zwar nicht gänzlich abgeschafft, sondern an den Wochenenden auf 02.00 Uhr ausgedehnt. Die Junge CVP hat damit ihr Wahlkampfversprechen mindestens teilweise eingelöst. Am 15. März 1998 hat das Volk das totalrevidierte Gastgewerbegesetz mit überwältigendem Mehr angenommen. Die Liberalisierung der Öffnungszeiten im Gastgewerbe fand somit breite Unterstützung. Nach den ersten durchwegs positiven Erfahrungen mit der neuen Regelung wird man in Zukunft die vollständige Abschaffung der Polizeistunde ins Auge

fassen können; gar der Kanton Uri ist in dieser Hinsicht in der Zwischenzeit mit einem mutigen Schritt vorausgegangen!

Abschaffung der obligatorischen Schiesspflicht

Knapp wurde im Grossen Rat eine Standesinitiative der Junge CVP Aargau zur Abschaffung der obligatorischen Schiesspflicht abgelehnt - die Junge CVP erreichte mit 82:61 Stimmen einen Achtungserfolg. Auffällig an der Diskussion im Grossen Rat: Abgesehen von der SVP stimmten die anderen Parteien der Aussage der Jungen CVP, wonach es ein ökonomischer Unsinn ist, in beinahe sämtlichen Gemeinden der Schweiz und speziell im Aargau einen eigenen Schiessstand zu betreiben, im Grundsatz zu. Das "Obligatorische" wird in absehbarer Zeit fallen - einer Jungpartei durfte ein solcher Erfolg aber nicht zugestanden werden. Das Thema wird zu gegebener Zeit auf nationaler Ebene wieder aufgegriffen.

Vorstösse im Grossen Rat

Neben den schon erwähnten Vorstössen (Abschaffung der obligatorischen Schiesspflicht und Schulsponsoring) hat die Vertretung der Jungen CVP Aargau im Grossen Rat verschiedene Anliegen deponiert:

Aargauischer Technologiepreis

Mit einem Postulat wurde der Regierungsrat beauftragt, die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit der Kanton regelmässig namhafte Beiträge in Form eines "Aargauischen Technologiepreises" an innovative Klein- und Mittelbetriebe im Aargau ausrichten kann, die zukunftsgerichtete, umweltschonende Technologien entwickeln. Die Anstrengungen der anvisierten Betriebsformen wären damit von der Gemeinschaft honoriert worden; die Aktivitäten der Klein- und Mittelbetrieb sind für unsere Volkswirtschaft schliesslich von wesentlicher Bedeutung. Zusätzlich hätte der Wirtschaftsstandort Aargau durch diese Massnahme eine gewisse Attraktivitätssteigerung erfahren. Entgegen dem Antrag der Regierung wurde die Vorlage vom Grossen Rat aber knapp verworfen.

Neuregelung der Ausstandsvorschriften

Das Bundesgericht hat bei einer Ausstandsregelung betreffend die Parlamentarier des Kantons Schaffhausen entschieden, dass jene Vorschrift gegen das Bundesrecht verstosse. Die gleichlautende Bestimmung im aargauischen Recht sollte demnach formell ausser Kraft gesetzt werden. Dies verlangt eine Motion der Jungen CVP. Die Änderung sollte nicht nur aus formaljuristischen Gründen erfolgen: Im Parlament ist es vermehrt zu Auseinandersetzungen über die Durchsetzung der Ausstandsvorschriften gekommen. Immer wieder drohen Entscheide des Grossen Rates angefochten zu werden, weil Ungewissheit über die derzeit gültige Rechtslage besteht. Dieser Zustand ist nicht haltbar! Der Vorstoss ist noch hängig.

Neuregelung der Unvereinbarkeitsbestimmungen

Die Junge CVP kämpft gegen den Filz! Im Kanton Aargau ist es immer noch möglich, dass amtierende Grossräte und Grossrätinnen vom Parlament in die Verwaltungsräte der kantonalen Staatsanstalten gewählt werden können. In der Vergangenheit ist dies denn schon des öfteren geschehen. Die Fraktionen schanzten sich gegenseitig die verschiedenen Mandate zu und buhlen

um die begehrten Ämter. Als skandalös erscheint es, dass die Parlamentarier bzw. der Grosse Rat als Oberaufsichtsbehörde sich selbst überwachen. Die personelle Verquickung kann zu Voreingenommenheit und Befangenheit führen; die Aufsichtsfunktion des Grossen Rates wird durch die ungünstige Einflussnahme beeinträchtigt. Das widerspricht dem Geist unserer Verfassung und dem Grundsatz der Gewaltenteilung! Auch soll bei der Zusammensetzung der Verwaltungsräte nicht das Parteibuch, sondern einzig und allein die fachliche Kompetenz bzw. die Qualifikation ausschlaggebend sein. Daher hat die Junge CVP dem Grossen Rat einen ausgearbeiteten Entwurf in Form einer parlamentarischen Initiative zur Neuregelung der Unvereinbarkeitsbestimmungen unterbreitet. Der Vorstoss ist zur Zeit noch hängig.

Datenschutz

Eine Motion verlangt von der Regierung, dass dem Grosse Rat ein Entwurf für ein aargauisches Datenschutzgesetz vorzulegen sei. Nach der "Fichen-Affäre" war die Notwendigkeit einer griffigen Datenschutzgesetzgebung augenfällig geworden. Der Bund hat darauf hin mit dem Erlass verschiedener Gesetzeswerke reagiert. Die Kantone blieben davon aber unberührt. Um der unkontrollierten Beschaffung, Bearbeitung und Weitergabe von Personendaten in den kantonalen Verwaltungen aber ein Riegel vorzuschieben, haben bisher 19 Kantone Datenschutzgesetze geschaffen. Der Kanton Aargau kennt keine spezielle Regelung und vermag den Schutz vor empfindlichen Persönlichkeitsverletzungen im nötigen Ausmass nicht zu gewährleisten. Obwohl die Kantonsverfassung den Datenschutz ausdrücklich gewährleistet und diesbezügliche Regelungen auf Gesetzesstufe verweist, hat sich die Regierung bisher mit dem Erlass von Weisungen begnügt. Dieser Zustand vermag nicht zu befriedigen und erscheint bei näherer Betrachtung als rechtswidrig. Der Vorstoss ist zur Zeit noch hängig.

Statistische Informationen und Parteiinterna

Mitglieder

Nach der erfolgten Adresskarteirevision zählt die Junge CVP Aargau rund 200 Mitglieder. Diese sind aufgliedert in drei selbständige Bezirksparteien (Baden, Bremgarten und Zurzach) und Direktmitglieder der Jungen CVP Aargau.

Sitzungen

Im Vereinsjahr 1998 fanden drei ordentliche Mitgliederversammlungen statt. Hinzu kamen zwei Spezialanlässe (Besichtigung der Redaktion der Aargauer Zeitung in Baden und das traditionelle Weihnachtessen der Jungen CVP in Aarau). Die Vorstandsmitglieder wurden zu sechs ordentlichen Vorstandssitzungen - nebst einer Wahlkampfausschusssitzung - einberufen.

Parteiinterna

Am 5. Mai 1998 wurden Marco Arni, Würenlingen, und Michael Eichholzer, Oberlunkhofen, von der Mitgliederversammlung in den Vorstand hinzugewählt. Der scheidende Parteisekretär Daniel

Wicki, Wohlen, wurde von der Jungen CVP für seine verdienstvolle Arbeit gebührend geehrt. Ebenfalls wurden Neuwahlen für verschiedene Gremien der Jungen CVP Aargau durchgeführt.

Die Junge CVP Aargau hat seit Anfang 1998 ein neues Logo! Ein freches "Männlein" (äussere Geschlechtsmerkmale sind nicht erkennbar) über dem Schriftzug ziert seither unsere Verlautbarungen.

Für eine effizientere Parteiwerbung wurde eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen, die eine Broschüre über die Junge CVP Aargau ausarbeiten soll. Die "Visitenkarte" der Jungpartei soll auch für die Wahlkämpfe Verwendung finden.

Junge CVP der Schweiz und CVP Aargau

Vertreterinnen und Vertreter der Jungen CVP Aargau beteiligten sich in verschiedenen Gremien der Jungen CVP der Schweiz, der Dachorganisation aller Kantonalparteien. Kontakte wurden über den sogenannten Bundesvorstand, die Delegiertenversammlung und verschiedene Kommissionen gepflegt. Nach einigen Turbulenzen im Zusammenhang mit dem Präsidenten der Bundespartei hat die Junge CVP Aargau auf Grund eines "Misstrauensantrages" die weitere Unterstützung der Jungen CVP der Schweiz zugesichert.

Der Informationsaustausch mit der CVP Aargau (Mutterpartei) ist durch die regelmässige Beteiligung bzw. die Einsitznahme von Mitgliedern der Jungen CVP in den verschiedenen Gremien der Mutterpartei (Parteileitung, Fraktion, Parteirat, Parteitage, Kommissionen) gewährleistet. Speziell zu erwähnen ist die Wahl unseres Parteisekretärs Marco Arni, Würenlingen, in die Parteileitung der CVP Aargau. Durch engagierte Auftritte war es der Jungen CVP nicht nur gelungen, ihre Standpunkte darzustellen, sondern darüber hinaus auch die Haltung der Mutterpartei mitzubeeinflussen. Auf ein gutes Einvernehmen mit der Mutterpartei, unter gleichzeitiger Wahrung der eigenen Politik, setzt die Junge CVP grosses Interesse. Schliesslich hat die Junge CVP im Berichtsjahr mit der Mutterpartei Gespräche über die Listenverbindungen für die Nationalratswahlen 1999 geführt und ihre diesbezüglichen Vorstellungen geäussert.

Verschiedene Aktivitäten

Vernehmlassungen

Die Junge CVP hat sich im Berichtsjahr an einer kantonalen Vernehmlassung beteiligt. Dabei handelte es sich um die Einführung des Einzelrichters in Strafsachen (Änderung der Kantonsverfassung, der Strafprozessordnung und des Gemeindegesetzes).

Parteiquerelen

Die Jungen CVP hat im Berichtsjahr die aargauische SVP öffentlich aufgefordert, freiwillig auf ein Mandat im sogenannten Oberrheinrat zu verzichten. Das Gremium, zusammengesetzt aus Vertretern von Deutschland, Frankreich und der Schweiz, wurde geschaffen, um die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in allen Bereichen zu verwirklichen und zu fördern. Die Jungpartei stellte sich auf den Standpunkt, dass aufgrund der programmatischen Ausrichtung der

SVP ein echtes Interesse an der überregionalen Zusammenarbeit im Oberrheinrat fragwürdig sei. Die Entsendung einer SVP-Vertretung im Aargauer Dreiergremium erfolge wohl aus reinen Prestige Gründen und nicht aus Interesse an der Institution. Als Basis für eine gute Zusammenarbeit mit den Nachbarn ist eine solche Konstellation ungünstig.

Offener Brief gegen Blocher-Ausrutscher in der "Arena"

Die Junge CVP hat sich in einem offenen Brief an Nationalrat Christoph Blocher über seine wiederholte Diffamierung einzelner Persönlichkeiten und Gesellschaftsgruppen beschwert und den Volksvertreter auf seine besondere Verantwortung aufmerksam gemacht. Wenn ein landesweit bekannter Nationalrat und Multimillionär der Berner Regierungsrätin Dory Schär entgegenhalte, die Sorgen des einfachen Volkes nicht mehr zu kennen, weil sie *"ihren Lohn von der Allgemeinheit beziehe, bis der Sargdeckel zu sei"* (Aussage während einer Arena-Sendung von SF DRS), gehe das einfach zu weit. Zum einen fehle dem gutbetuchten Volkstribun die Legitimation zu solchen Äusserungen, zum anderen treffe seine Attacke all jene in diesem Land, welche ihr Gehalt von der öffentlichen Hand beziehen.

Die Junge CVP ist der Überzeugung, dass die wiederholten Ausrutschen jener Qualität und Härte in der Schweiz zu einer Art Resignation und Gleichgültigkeit geführt haben. Schlimmer noch erscheint, dass ein politischer Stil, der erfolgreich ist, von anderen kopiert wird. Im Kampf um Medienpräsenz werden so auch gemässigtere Gruppierungen gezwungen, sich aggressiver und kompromissloser zu artikulieren, wollen sie überhaupt Beachtung finden. Die Jungpartei fürchtet – zum Schaden unseres demokratischen Systems – eine Spirale, die einen minimalen politischen Verhaltenskodex auslöst.

Veranstaltung mit Bundesrat Dr. Arnold Koller

Im Berichtsjahr konnte Bundesrat Dr. Arnold Koller für eine Veranstaltung der Jungen CVP Aargau verpflichtet werden. Aus terminlichen Gründen kann diese Veranstaltung erst am 23. März 1999 (16.00 Uhr, in der Aula der Kantonsschule Baden) durchgeführt werden. Bundesrat Koller zeigte sich in seiner Zusage von den Aktivitäten der Kantonalpartei beeindruckt.

Ausblick

1999 ist ein Wahljahr. Die Nationalratswahlen vom 24. Oktober 1999 sind für die Junge CVP Aargau eine Herausforderung und werden das Parteigeschehen während des ganzen Jahres prägen. Die Junge CVP wird wieder mit einer eigenen Liste ins Rennen steigen und damit ihre Eigenständigkeit demonstrieren. Die Erfolge in den vergangenen Wahlen und beim Sammeln von Unterschriften lassen ein offensives Vorgehen in der nächsten Zukunft zu. Die Junge CVP will die mit Abstand stärkste Jungpartei in unserem Kanton bleiben; sie wird daher mit allen Kräften gefordert sein!

Im Namen des Vorstandes der Jungen CVP Aargau

Harry Lütolf,
Präsident der Jungen CVP Aargau

Marco Arni,
Parteisekretär der Jungen CVP Aargau

PS: Die ausführliche Jahresrechnung 1998 kann separat bei der Jungen CVP Aargau bezogen werden. Die Anschrift lautet: Junge CVP Aargau, Postfach 2525, 5001 Aarau; PC 60-199533-1.